

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

am Donnerstag haben wir den **101. Internationalen Frauentag** gefeiert. Und obwohl wir bereits seit über 100 Jahren über Gleichberechtigung debattieren, sind Frauen immer noch in Führungspositionen unterrepräsentiert – und das nicht, weil sie nicht die Qualifikation dazu hätten. Vielmehr liegt dies an Barrieren wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder anderen, oft unsichtbaren Hürden. In Deutschland hat die so genannte freiwillige Quote in Aufsichtsräten und Vorständen börsennotierter Unternehmen bisher keine ausreichenden Ergebnisse gebracht. **Mehr Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt gibt es daher nur mit einem neuen Gesetz.** Wir Sozialdemokraten haben anlässlich des Frauentages einen Gesetzentwurf im Bundestag vorgelegt, in dem eine Geschlechterquote von 40 Prozent festgeschrieben ist. Ich hoffe, dass die Regierung endlich die offensichtlichen Zahlen zur Kenntnis nimmt: Lediglich 3,7 Prozent der Vorstände in DAX-30-Unternehmen sind Frauen. In den Aufsichtsräten liegt der Frauenanteil bei 15,7 Prozent. Auch aus wirtschaftlicher Sicht spricht alles dafür, mehr Frauen an unternehmerischen Entscheidungen zu beteiligen – denn Unternehmen, in denen nicht die Männer allein entscheiden, sind erfolgreicher, wie zahlreiche Studien nachgewiesen haben.

Wir haben anlässlich des Frauentages aber nicht nur über Gleichberechtigung in Deutschland, sondern auch weltweit gesprochen. Im vergangenen Jahr hat die SPD einen Antrag „Gleichberechtigung in Entwicklungsländern voranbringen“ in den Bundestag eingebracht, der in diesem Jahr Grundlage für einen fraktionsübergreifenden Antrag war. Die Entwicklungszusammenarbeit war lange nicht auf geschlechterspezifische Unterschiede ausgerichtet. Frauen haben aber für den Entwicklungsprozess eine besondere



**Berlin-Brief, Ausgabe 114
9. März 2012**

Meine Termine

**Sitzung SPD-UV Untergruppenbach:
Referat zu solidarischer und gerechter
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**
*09.03.2012, 19.30 Uhr, Untergruppenbach,
Stettenfelsgaststätte*

Politischer Stammtisch SPD-UV Gundsheim
*11.03.2012, 11 Uhr, Gundsheim-
Böttingen, Gaststätte Neckarstüble*

Bürgersprechstunde
13.03.2012, 15 Uhr, Heilbronn, Bürgerbüro

Kreisparteitag SPD-Kreisverband Heilbronn-Land
15.03.2012, 19 Uhr, Neckarsulm, Genossenschaftshaus

Josip Juratovic MdB

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!



Bedeutung. Besonders in afrikanischen Ländern ernähren Frauen oft ganze Familien, da sie traditionell der Landwirtschaft nachgehen. Aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht ist es vor allem wichtig, dass Frauen einen fairen Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt haben – und dafür müssen wir uns weltweit einsetzen.

Am Mittwoch fand im Plenum des Bundestages eine **Aktuelle Stunde zur Tarifeinheit** statt. Der Grundsatz der Tarifeinheit regelte früher, dass in Firmen im Normalfall nur ein Tarifvertrag gelten soll. 2010 jedoch änderte das Bundesarbeitsgericht seine Rechtsprechung, sodass seitdem mehrere Tarifverträge in Unternehmen nebeneinander bestehen können. Das Problem daran ist, dass nun einzelne Berufsgruppen, die in einer Position sind, den ganzen Betriebsablauf lahmzulegen, dies ausnutzen und nur für sich bessere Tarifverträge abschließen. Diejenigen, die mit einem Streik nicht den ganzen Betrieb aufhalten können, haben dabei das Nachsehen. Wir erleben also eine Entsolidarisierung im Betrieb. Daher müssen wir die Tarifeinheit gesetzlich regeln. Die Bundesregierung ist damit 2010 schon einmal gescheitert. Wir als Sozialdemokraten bieten der Regierung deshalb an, endlich fraktionsübergreifend zu handeln. **Meine Rede in der Aktuellen Stunde finden Sie anbei.**

Eine weitere Rede habe ich am Donnerstag in einer Debatte um die europäische Politik auf dem **Westbalkan** gehalten. **Auch diese Rede sende ich Ihnen im Anhang.**

Vergangene Woche wurde der so genannte **Fiskalpakt**, der „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“, unterschrieben. In den nächsten Wochen steht nun die Ratifizierung dieses Vertrages durch Bundestag und Bundesrat an. Die Bundesregierung hat jetzt eingeräumt, dass der Vertrag eine Zwei-Drittel-Mehrheit benötigt. Die notwendige Mehrheit wird also nur zustande kommen, wenn große Teile der Opposition für eine Unterstützung gewonnen werden. Niemand kann davon ausgehen, dass diese Zustimmung eine Selbstverständlichkeit ist. Im Gegenteil, die Hürde ist hoch. Der Fiskalpakt ist umstritten und bleibt in seiner einseitigen Ausrichtung fragwürdig. Wir brauchen eine nachhaltige Konsolidierung der Staatshaushalte in der Eurozone. Diese kann aber nur tragfähig sein, wenn neben die Einsparungen eine Wachstums- und Investitionsstrategie zur Erneuerung der europäischen Realwirtschaft tritt, wenn die Kosten der Finanzmarktkrise gerecht verteilt sind und die Staaten auch auf der Einnahmeseite ihre Handlungsfähigkeit sichern. In den anstehenden Verhandlungen über die Zustimmung zum Fiskalpakt wird deshalb zu reden sein über eine europäische Wachstums- und Investitionsinitiative, ein Programm zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit und einen klaren und verbindlichen Beschluss zur Besteuerung der Finanzmärkte. Ich werde Sie über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden halten.

Mit freundlichen Grüßen